

Rede Landrätin Eva Irrgang
CDU-Kreisparteitag am Samstag, 8. März 2014
Hellweghalle Soest-Ostönnen

--- Es gilt das gesprochene Wort ---

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

fast sieben Jahre sind vergangen, seit ich zum ersten Mal um ihr Vertrauen für die Kandidatur zum Amt der Landrätin geworben habe! Es waren ereignisreiche Jahre, in denen ich zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kreisverwaltung, aber auch gemeinsam mit Ihnen und vielen anderen Akteuren entscheidende Weichenstellungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und zum Nutzen unserer Städte und Gemeinden vornehmen konnte.

Welche Kernpunkte meines Arbeitsprogramms als Landrätin habe ich herausgestellt, als ich im Sommer 2007 vor Ihnen meine Bewerbungsrede gehalten habe? Ich habe Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern damals unter anderem versprochen, eine ganze Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der kommunalen Familie sicherzustellen. Eine solide Finanzpolitik, eine äußerst sparsame Haushaltsführung waren wichtige Stichpunkte. Heute kann ich Ihnen mit Überzeugung berichten: Der Kreis hat unter meiner Führung seine Hausaufgaben gemacht. Wir haben das Rücksichtnahmegebot für unsere Städte und Gemeinden ernst genommen, um der schwierigen Finanzsituation der Städte und Gemeinden gerecht zu werden.

Als Verwaltungschefin habe ich unmittelbar nach meinem Amtsantritt eine umfangreiche und von einem Unternehmensberater begleitete Organisationsuntersuchung auf den Weg gebracht. In einem vierjährigen Prozess haben wir zwischen 2009 und 2013 die Strukturen der Kreisverwaltung und damit die Effizienz und die Wirtschaftlichkeit in allen Abteilungen erfolgreich optimiert. Ich möchte an dieser Stelle die Ergebnisse für sich selbst reden lassen. Unter dem Strich werden künftig in jedem Jahr und somit dauerhaft fast 6 Mio. Euro zum Wohle der Städte und Gemeinden eingespart. Da viele Maßnahmen unmittelbar nach ihrer Einleitung bzw. Umsetzung gegriffen haben, summiert sich das bisher erreichte Einsparvolumen bereits auf beachtliche 20 Mio. Euro.

Zugunsten unserer Kommunen haben wir in den vergangenen Jahren auch unsere Ausgleichsrücklage eingesetzt, um jeweils unseren Haushalt ausgleichen zu können. Es handelt sich in Summe um weitere 45 Mio. Euro, um die wir die Kreisumlage entlastet haben.

Addiert man die 20 Mio. aus den Fachkonzepten und die 45 Mio. aus der Ausgleichsrücklage, dann wurden unsere Städte und Gemeinden in den Jahren, für die ich verantwortlich zeichne, um 65 Mio. Euro entlastet.

Mit Blick auf die nach wie vor angespannte Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden hat der Kreis zusätzlich für den Haushalt 2014 komplett davon abgesehen, von den aktuell sehr guten Steuereinnahmen zu profitieren oder sich selbst Luft zu verschaffen. Insgesamt haben wir auf eine stattliche Summe von 7 Mio. Euro verzichtet. Das positive Ergebnis für unsere Kommunen ist greifbar und damit offensichtlich. Denn wir haben die Kreisumlage um stattliche zwei Prozent gesenkt. Das war keine Eintagsfliege, auch das belegen die Zahlen der vergangenen Jahre. Denn der Kreis hat den Zahlbetrag der Kreisumlage bereits im Zeitraum von 2012 bis 2014 konstant gehalten. Und wir werden außerdem alles dafür tun, diese solide Haushaltsführung auch in Zukunft beizubehalten.

Nun wird sich mancher von Ihnen verwundert die Augen reiben und sich fragen, worüber streiten die denn dann immer. Erstens würde ich mich natürlich darüber freuen, wenn diese positiven Ergebnisse unser Finanzanstrengungen zur Kenntnis genommen würden.

Ich kann aber auch ein gewisses Maß an Verständnis für Missmut aufbringen. Denn als Landrätin kenne ich die prekäre Lage der Kommunen natürlich und ich weiß, dass unsere Städte und Gemeinden zum Teil finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen. Jeder Euro Umlage scheint dann zuviel. Als Umlagezahler an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist der Kreis in genau der gleichen Lage.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, Streit in der eigenen Familie, Streit zwischen schwarzen Bürgermeistern und schwarzer Landrätin ist aber trotzdem falsch und sogar kontraproduktiv. Einen Nutzen daraus zieht nur der politische Gegner. Wir müssen uns dringend über die Zielrichtung der durchaus notwendigen Kritik an den Rahmenbedingungen einig werden.

Es ist doch beileibe nicht so, als wenn wir alle unsere Hausaufgaben nicht gemacht hätten. Alle Verantwortlichen in unserem Kreis sollten sich immer wieder vor Augen führen, in welcher Form uns alle ständig neue Aufgaben und immer weiter ausufernde Soziallasten

belasten. Dazu eine aktuelle Zahl. Über 75 Prozent der Kreisumlage, das ist in absoluten Zahlen der unfassbare Betrag von 113 Mio. Euro, entfallen allein auf Soziallasten (SGB plus Landschaftsumlage). Wir müssen also dringend den Schulterschluss üben und unsere Kräfte bündeln. Lassen Sie uns gemeinsam die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf ins Visier nehmen. Dort und eben nicht vor Ort wird das verzapft, was uns zu schaffen macht.

Seit Jahrzehnten reden wir in der kommunalen Familie davon, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz geändert werden muss. Passiert ist nichts!

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir sollten **gemeinsam** die Benachteiligung des ländlichen Raumes deutlich machen und bei jeder Gelegenheit anprangern. Zum Beispiel die sogenannte Einwohnerveredelung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Oder können Sie mir begründen, warum ein Einwohner der Stadt Köln über die Schlüsselzuweisungen das 1,57-fache eines Einwohners der Gemeinde Lippetal zur Deckung seines Grundbedarfs erhalten soll. Nun gut, die durch diese Verteilungspraxis ausgelöste Finanzmassenverschiebung in Höhe von rd. 600 Mio. € von kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu den kreisfreien Städten – insbesondere im Ruhrgebiet – mag mit „Klientelpolitik“ erklärt werden. Aber sind Verkehrsinfrastruktur, Abfallwirtschaft und Trinkwasserversorgung nur auf Großstädte beschränkt und finden im Landkreis nicht statt? Ein Verteilungsmechanismus, der auf Grundlagen der Ausgaben und des Finanzbedarfs von Städten und Gemeinden aus dem Jahr **1 9 2 8** – Sie haben richtig gehört: 1928 - beruht, mag die Wirklichkeit nicht mehr zutreffend abbilden. Zitat aus 1928: „Für den ländlichen Siedlungsraum bestehe kein Bedarf an gepflegten Wegen, da diese nur dazu dienten, die Einwohnerschaft zu einer landwirtschaftlichen Arbeit zu führen“. Zitatende. In NRW erhalten 60% der Einwohner – nämlich die, die wie wir im kreisangehörigen Raum wohnen – nur 45% der Finanzmittel. Angesichts solcher Zahlen kann mir niemand weismachen, dass Frau Kraft und ihr Kabinett ihrer Verantwortung gerecht werden, für vergleichbare Lebensumstände im ganzen Land zu sorgen.

Auch der Bund ist in der Pflicht, die kommunale Ebene zu entlasten. Wir alle hoffen, dass die Große Koalition in der Lage ist, die großen anstehenden Probleme auch in dieser Hinsicht zu lösen. Der Koalitionsvertrag macht mir jedenfalls großen Mut, dass die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen bald von Bundesmitteln aufgefangen wird.

Das würde wiederum den Landschaftsverband entlasten und für uns eine Reduzierung der Landschaftsumlage in Millionenhöhe bedeuten. Um genau zu sein: 17 Millionen Euro. Eine solche Entwicklung würde uns die realistische Chance eröffnen, auch die Kreisumlage

zurückzuführen und damit den Städten und Gemeinden große finanzielle Lasten von den Schultern zu nehmen.

Ich sage Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, also ganz klar: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes zur Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich muss realisiert werden – und zwar unverzüglich.

Gemeinsam mit dem Landkreistag fordere ich von Bund und Land, dass wie im Koalitionsvertrag zugesagt, die sogenannte „Übergangsmilliarde“ für Eingliederungshilfen sofort, also bereits in 2014, als finanzielle Entlastung an die Kommunen fließt und das Bundesteilhabegesetz mit Entlastungen von 5 Milliarden Euro baldmöglichst, aber spätestens ab 2016 realisiert wird.

Die sukzessive Übernahme der Grundsicherung durch den Bund war ein guter erster Schritt. Dafür gilt der Bundespolitik und der Bundesregierung mein herzlicher Dank. Namentlich gilt dieser Dank natürlich unserem Bundestagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden Bernhard Schulte-Drüggelte, der sich immer wieder für die Verbesserung der kommunalen Finanzsituation eingesetzt hat.

Mit Bernhard Schulte-Drüggelte klappt der Schulterschluss, den ich gerade eingefordert habe, prima. Das gleiche möchte ich Dr. Peter Liese, unserem Europaabgeordneten, bescheinigen, ebenfalls verbunden mit einem herzlichen Dankeschön. Ein schöner Erfolg in dieser Hinsicht ist sicherlich, dass sich im Gesamtfördervolumen in Höhe von fast 170 Mio. Euro, das die Regionale 2013 für Südwestfalen mit sich bringt, fast 36 Mio. Euro europäische Mittel, konkret Mittel aus dem Ziel-2-Bedarf, zu finden sind. Ich finde, Dr. Peter Liese hat seine Funktion als Schleusenwärter für EU-Strukturförderung prima wahrgenommen.

Meine Damen und Herren, die Stichwörter Regionale 2013 und Südwestfalen machen deutlich, dass wir hier vor Ort unsere Geschicke selbst in die Hand nehmen. Ich bin meinem Vorgänger Wilhelm Riebniger sehr dankbar, dass er im Frühjahr 2007 kurz vor der Weitergabe des Staffelstabs an mich zusammen mit den Landratskollegen aus den anderen südwestfälischen Kreisen die Region aus der Taufe gehoben hat. Wo wären wir heute ohne diese Regionsbildung, wo wären wir heute ohne die Regionale 2013?

Aus Düsseldorfer Sicht wahrscheinlich immer noch hinter den sieben Bergen, bei den sieben Zwergen? Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir in Südwestfalen haben es geschafft,

überregional wahrgenommen zu werden. Wir sind Industriestandort Nummer 1 in NRW. **Wir**, und nicht das Ruhrgebiet!

Das allererste Projekt der Regionale, das drei Sterne erhalten hat, hieß übrigens „Branchenkompetenzen Südwestfalen“ und diente dem Wissenstransfer. Warum erwähne ich das hier und heute? Unsere Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH war einer der Beteiligten bei diesem Aufschlag für die Regionale 2013. Es hat sich ausgezahlt, dass wir auch in dieser Hinsicht unsere Hausaufgaben gemacht haben und ich eines der Versprechen eingelöst habe, dass ich Ihnen 2007 gegeben habe. Ich habe damals – Anführungszeichen unten – „eine starke Wirtschaftsförderung, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden“ – Anführungszeichen oben – gefordert. Ja, das kostet Geld, das liegt auf der Hand. Aber das ist gut und sinnvoll eingesetztes Geld. Günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, damit die Menschen vor Ort Arbeit finden und haben, ist für mich eine wichtige Aufgabe des Kreises, **gemeinsam** mit unseren Städten und Gemeinden. Das sind wir unseren Unternehmen im Kreis Soest schuldig.

Das Thema Wirtschaftsförderung ist für mich Chefsache. Genau wie ein weiteres Thema, die Integration. Auch das hat etwas mit Wirtschaftsförderung zu tun. Wie wollen wir angesichts der demographischen Entwicklung einen funktionierenden Arbeitsmarkt mit einer ausreichenden Zahl von bedarfsgerechten Arbeitskräften gewährleisten, wenn wir nicht das Potenzial der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aktivieren? Deshalb habe ich mich auf allen Ebenen für das Thema eingesetzt. Im Kreishaus habe ich ein Integrationsteam gebildet, das mittlerweile als Kern des vor einem Jahr eingerichteten Kommunalen Integrationszentrums weiterarbeitet für den **ganzen** Kreis. Gerne habe ich mich als Mitglied des Bundesbeirates für Integration engagiert, in den ich in der vergangenen Legislaturperiode berufen wurde, um als Vertreterin aller kommunalen Spitzenverbände die kommunale Sichtweise einzubringen und kommunale Maßnahmen vorzustellen. Der Kreis Soest hat bekanntlich unter Einbeziehung und Beteiligung unter anderem von Politik und Migrantenselbstorganisationen ein richtungsweisendes Integrationskonzept entwickelt. Ich hatte Gelegenheit, dieses Papier am Rande einer Beiratssitzung in Berlin auch unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel überreichen zu können. Unsere Arbeitsgrundlage in Sachen Integration wurde also sogar Lesestoff für die Regierungschefin.

Grundlage für jede Integration ist Bildung. Man kann auch sagen, Bildung ist die Basis für alles. 2007 habe ich sie als „Schlüssel für die Zukunft“ gekennzeichnet. Wie wichtig dieser Schlüssel ist, haben uns die Entwicklungen der vergangenen Jahre gezeigt. Geprägt von

Schulkonsens - nicht leicht für uns – bis zur Inklusion. Die Mammutaufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Es wäre wünschenswert, wenn auch die Landesregierung endlich eine klare Linie zur Unterstützung der Kommunen als Schulträger in Sachen Inklusion fahren würde. Es ist klar, dass Inklusion Geld kostet, und es ist ebenfalls sonnenklar, diese Rechnung muss das Land bezahlen. Frau Kraft und Frau Löhrmann können nicht hehre politische Ziele formulieren, entsprechende Standards setzen und anschließend versuchen, sich mit diesen Federn zu schmücken.

Ich nehme jetzt zwar erfreut zur Kenntnis, dass die Damen endlich die Grundsätze des Konnexitätsprinzips nicht weiter mit Füßen treten, jedoch kann das nur der Anfang sein. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Und nicht nur die erste Strophe. Auch hier gilt: Die kommunale Familie darf sich nicht alles gefallen lassen.

Apropos nicht gefallen lassen, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde: Dazu gehört auch der Entwurf des Landesentwicklungsplans, den uns die rot-grüne Landesregierung vorgelegt hat. Er ist gekennzeichnet von einer ausgesprochenen Reglementierungswut und macht zudem auch noch mal die aktive Benachteiligung des ländlichen Raums deutlich, die sich das Kabinett Kraft offensichtlich auf die Fahnen schreibt. Unsere Dörfer brauchen auch in Zukunft Entwicklungsmöglichkeiten und keine sozialistische Planwirtschaft. Dieser vorgelegte Landesentwicklungsplan ist ein Angriff auf die Selbstverwaltung der Kommunen, den wir uns nicht gefallen lassen. Hinnehmen dürfen wir auch nicht die Herabstufung und Herabwürdigung unseres Flughafens. Paderborn/Lippstadt ist für uns ein wichtiger Standortvorteil.

Meine Damen und Herren, der Kreis Soest lässt sich aber trotz aller Störfeuer und trotz der fehlenden Unterstützung der Landesregierung nicht davon abbringen, die Herausforderungen der Zukunft zielgerichtet anzugehen. Dafür habe ich in den vergangenen sieben Jahren gestanden, dafür möchte ich den kommenden sechs Jahren stehen, wenn Sie mir erneut Ihr Vertrauen schenken. Dafür steht schwarz auf weiß das Zukunftskonzept des Kreises Soest, dafür stehen die darin formulierten Ziele. „Kreis Soest – hier hat Leben Zukunft“ heißt das Motto, das über allem steht. Einige Ziele habe ich bereits umrissen:

- Den Wirtschaftsstandort Kreis Soest stärken.
- Unsere Bildungsregion als starkes Instrument fördern.

- Die Vielfalt der Gesellschaft als Chance nutzen.
- Solide Finanzpolitik als Grundlage für kommunale Handlungsfähigkeit fortführen.

Ich habe ihnen also bereits deutlich gemacht, dass wir unsere Hausaufgaben in vielerlei Hinsicht erledigt haben. Das gilt auch für die drei noch nicht angesprochenen Ziele, die unser Zukunftskonzept ebenfalls ausweist:

- dass wir Familien in allen Lebenslagen unterstützen,
- dass wir die Umwelt für kommende Generationen nachhaltig bewahren und
- dass wir gesund und sicher leben wollen.

Bereits seit 2008 arbeiten auf meine Initiative hin die Lokalen Bündnisse für Familie im Kreis Soest daran, mit einem Maßnahmenpektrum kreisweit ein positives Klima für Familien zu schaffen. Wir alle wissen, dass auch das ein entscheidender Standortfaktor, aber ebenfalls eine entscheidende Voraussetzung zur Bewältigung des demographischen Wandels ist. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Unternehmen, Aktivsein im Alter und Unterstützung des Ehrenamts sind in diesem Zusammenhang die wichtigen Ansatzpunkte.

Kinder müssen behütet und in einem intakten Umfeld, aber auch unter gesunden Umweltbedingungen groß werden. Natur- und Landschaftsschutz ist im Kreis Soest ein wichtiges Thema. Aber hier gilt es immer, im engen Schulterschluss mit unseren Landwirten zu handeln. Niemand befürwortet „Flächenfraß“, aber wir dürfen unseren Bauern auch nicht die Luft zum Atmen nehmen.

Und wir alle wollen gesund, aber auch sicher leben. Aber es gibt auch Krisen. So eine Krise gab es letzten Sommer im Kreis Soest. Beim Legionellenausbruch in Warstein, dem größten Ereignis dieser Art in Deutschland, dem drittgrößten in Europa.

Mein Mitgefühl gilt allen Betroffenen des Legionellenausbruchs in Warstein und den Angehörigen der beiden Toten, die wir zu beklagen haben. Der Kreis hat im Sinne des Infektionsschutzgesetzes zu handeln. Unsere Entscheidungen waren teilweise großer Kritik ausgesetzt. Doch oberstes Gebot war, weitere Erkrankungen oder gar Todesfälle zu vermeiden. Dass dies gelungen ist, belegen die Zahlen. Jetzt müssen wir alles tun, dass sich

solche Ereignisse nicht wiederholen können. Dazu gehört im Sinne des vorbeugenden Gesundheitsschutzes auch ein langfristiges und nachhaltiges Abwasserbeseitigungskonzept für Warstein, wie es die behördliche Arbeitsgruppe mit Vertretern von Stadt, Kreis und Bezirksregierung beschlossen hat. Die Stadt Warstein darf dabei auch in finanzieller Hinsicht nicht allein gelassen werden, braucht unsere Hilfe. Ich habe das Gesundheits- und Umweltministerium in Düsseldorf bereits aufgefordert, Fördermittel bereitzustellen.

Während der Legionellenkrise hat sich die Infrastruktur unseres neuen Rettungszentrums bewährt, das 2010 und 2011 auf der Basis eines so genannten PPP-Projektes mit Hilfe eines privaten Investors realisiert wurde. Übrigens mit Blick auf Berlin, Hamburg oder Stuttgart ein öffentliches Projekt, das innerhalb des Kostenrahmens geblieben ist und 4 Wochen vor der Zeit fertig war. Und 60% des Auftragsvolumens von 16 Millionen Euro sind auch noch im Kreis Soest geblieben. Nicht so schlecht, oder?!

Neben Rettungsleitstelle, Einrichtungen von Feuerwehr und Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Veterinärdienst ist dort auch die Polizeileitstelle untergebracht. Das ist außerdem ein landesweites Alleinstellungsmerkmal. Die beiden Notrufe 110 und 112 laufen also in einem Gebäude auf. So ist dieses Modell längst ein Vorbild für andere.

Sicher leben ist nach meiner festen Auffassung auch ein Argument für den Erhalt und die Weiterführung der Kreispolizeibehörden. Der Kreis Soest darf nicht von Dortmund oder von anderen Großbehörden aus polizeimäßig fremdbestimmt werden. Ich möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Soest auch in Zukunft ihre Behördenleitung selbst und direkt wählen können. Ich möchte, dass noch lange Jahre ein Polizeibeirat mit gewählten politischen Repräsentanten Sorgen der Menschen im Kreis Soest direkt an die Polizeiführung herantragen kann. Auch in dieser Hinsicht müssen wir Rot-Grün in Düsseldorf energisch die Rote Karte zeigen. Denn eine Abschaffung der Kreispolizeibehörde zugunsten einer anonymen und bürgerfernen Großbehörde muss endgültig von der politischen Agenda verschwinden.

Als Leiterin der Kreispolizeibehörde fordere ich die Landesregierung auf, ein staatliches Angebot außerhalb des Kreises Soest zu schaffen, wo ehemalige Sicherungsverwahrte sich niederlassen und resozialisiert werden. Denn mit der Justizvollzugsanstalt in Werl, den LWL-Kliniken Eickelborn und Warstein und möglicherweise einer Zentralen Unterbringungseinheit für Asylbegehrende in Wickede-Wimbern trägt der Kreis Soest jetzt schon eine große gesellschaftliche Last in NRW. Das darf man nicht überstrapazieren. Das habe ich mehrfach

deutlich gemacht, ob in einem persönlichen Gespräch mit dem Justizminister oder auch in schriftlicher Form. Ich werde hier nicht nachlassen!

Als Landrätin sehe ich mich an der Seite der Menschen im Kreis Soest und engagiere mich für ihr Wohl. Dieser Maxime habe ich mich in den vergangenen sieben Jahren verpflichtet gesehen und entsprechend gehandelt. Dieser Maxime werde ich treu bleiben, wenn Sie und die Bürgerinnen und Bürger mir für weitere sechs Jahre ihre Stimme geben.

Viele Menschen haben mir ihre Anliegen während meiner Bürgersprechstunde vorgetragen, die ich als eine der ersten Amtshandlungen eingeführt habe. Vielen habe ich direkt helfen können, vor allem wenn die Zuständigkeiten der Kreisverwaltung unmittelbar berührt waren. Mit vielen strukturellen Verbesserungen während meiner ersten Amtszeit habe ich erreicht, dass der Kreis noch näher an die Bürgerinnen und Bürger, aber auch noch näher an alle gewerblichen Kundinnen und Kunden gerückt ist.

Es gibt einen Bürgerbeauftragten und ein Bürgertelefon. Mit dem online verfügbaren Servicebarometer sind meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offen und erreichbar für Ideen und Beschwerden. Wir sind als einzige Behörde bundesweit in allen Bereichen nach der Qualitätsnorm DIN EN ISO 9001 2008 zertifiziert. Zusätzlich habe ich veranlasst, dass wir das RAL-Zertifikat als Mittelstandsorientierte Kreisverwaltung erworben haben. Jeder Handwerksbetrieb kann sich durch die so optimierten Abläufe unter anderem darauf verlassen, dass wir Rechnungen innerhalb von 15 Tage bezahlen. Wir haben Prozessabläufe für unsere Bürger und Unternehmer durch elektronische Formulare und Akten beschleunigt. Online können Wartezeiten eingesehen, Termine vereinbart, Wunschkennzeichen bestellt, GIS-Geodaten abgerufen oder Bauanträge gestellt werden. Wir sind eine moderne Kreisverwaltung, die Bürgerservice lebt und im besonderen Maße auch die Wirtschaft unterstützt.

Das ist meine Erfolgsbilanz der vergangenen sieben Jahre, auf die ich auch stolz bin. Das ist aber auch die Basis, auf der ich in den kommenden sechs Jahren aufbauen möchte und auf der ich sicher aufbauen kann. Die Weichen sind gestellt. Sie weisen nach meiner festen Überzeugung in die richtige Richtung. Ich weiß aber auch, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Für diese Aufgaben stellen die strategischen Ziele unseres Zukunftskonzeptes einen guten Leitfaden und einen guten Gradmesser dar. Die demographische Entwicklung und daraus resultierend die Folgen für Infrastruktur, Bildungslandschaft, Personalentwicklung und Fachkräftesicherung sowie die Inklusion sind sicher die größten Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden möchte ich dafür sorgen, dass unser Kreis lebens- und liebenswürdig bleibt.

Allen die mich dabei begleiten und unterstützen wollen, reiche ich die Hand und lade sie ein mitzugestalten. Sorgen Sie alle mit dafür, dass wir auch in den kommenden Jahrzehnten selbstbewusst sagen und feststellen können: „Kreis Soest – hier hat Leben Zukunft“.